

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M. bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M. für einen Monat 6.— M. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M. bei Planvorchrift 2.30 M. Familiennachrichten die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklams-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer normittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabstände und alle Postanstalten entgegen.

Ein neuer Meuchelmord.

„Auf der Flucht erschossen!“

Berlin, 4. Januar. (Z.) Nach einem telegraphischen Bericht der Roten Fahne aus Hamburg ist in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember der Kommunist Paul Hoffmann in Flensburg von der Sicherheitspolizei erschossen worden. Hoffmann war aus seiner Wohnung heraus verhaftet und in einem Auto nach der Kaserne gebracht worden. Dort soll Hoffmann nach Angaben des Führers der Sicherheitspolizei den Wachmeister, der ihn über den Kasernenhof transportieren wollte, einen Stoß vor die Brust gegeben haben. Darauf habe man dreimal Hakt! gerufen und zwei Schüsse abgegeben. In diesem Augenblick seien auch einige Schüsse aus der Kaserne gefallen. Die Rote Fahne erklärt die Angaben von einem Mordversuch Hoffmanns als eine Lüge und spricht von einem Meuchelmord.

Nach dem Bericht der Frau des Erschossenen ist man nachts 1 1/2 Uhr mit 12—15 Mann Sipsozenten in die Wohnung Hoffmanns eingedrungen, indem man die Türen einbrach und die Füllungen ausließ. Hoffmann wurde in einem Auto abtransportiert, ohne daß Gründe angegeben wurden. Auf das Gerücht am anderen Tage, daß ihr Mann erschossen sei, wurde der Frau von einem Major v. Prützwitz in der Kaserne erklärt: „Hoffmann hat einen Fluchtversuch gemacht und ist dabei erschossen worden.“ Auf die Frage, warum und weshalb die Verhaftung erfolgte, gab es keine Auskunft. Die Bitte an den Major, den toten, erschossenen Mann sehen zu dürfen, erklärte der Major nicht gewähren zu können, weil er nicht wisse, wo der Tote sei. Beim Suchen fand man den Toten im Nebenzimmer des Herrn Majors v. Prützwitz, der nicht wissen wollte, wo der Tote sei. Die Bitte um Freigabe der Leiche wurde abgelehnt mit der Begründung, die Leiche sei noch nicht vom Gericht freigegeben.

Nach einer anscheinend aus amtlicher Quelle stammenden Meldung des Wolff-Bureaus aus Flensburg soll die Verhaftung Hoffmanns erfolgt sein, weil Hoffmann im Besitz „kommunistischer Aufschüßpläne“ gewesen sei. Obwohl ihm angedroht worden sei, daß bei einem Fluchtversuch geschossen werde, habe sich der Verhaftete losgerissen, worauf er durch Schüsse eines Beamten und eines Offiziers tödlich verletzt worden sei. Schüsse aus der Kaserne seien nicht gefallen.

Wie die Rote Fahne ihrer Meldung hinzusetzt, lassen die Wunden am Hals des Erschossenen erkennen, daß die Schüsse aus der Nähe abgegeben worden sind. Die Geschichte von dem angeblichen Fluchtversuch sei dadurch als Lüge gekennzeichnet. Jedenfalls deuten verschiedene Umstände darauf hin, daß hier wieder ein der Reaktion unangenehmer politischer Gegner unter dem alten bekannten und bequemen Erwand, er habe einen Fluchtversuch unternommen, meuchlings ermordet worden ist. Für die Arbeiterschaft ist der Mord eine neue eindringliche Mahnung, mit allen Kräften zu rüsten, um die Gegenrevolution niederzulegen zu können, die ja nur auf den geeigneten Moment wartet, um nach ungarischem Muster gegen die deutsche Arbeiterschaft zu wüten.

Bezeichnend ist das Verhalten der Roten Fahne, die auch diesen traurigen Vorfall benutzt, um gegen die „Menschewisten aller Farbungen“ zu hetzen. Sie macht die „Menschewisten“ für den Mord mitverantwortlich, weil sie angeblich noch nichts getan haben, um den weißen Terror in Deutschland zu bekämpfen und bewaffnete Selbstschutzzorganisationen des revolutionären Proletariats zu schaffen. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß die Bewaffnung des Proletariats ohne entsprechende politische Macht nicht durchzuführen ist. Aber gerade die Kommunisten sind es ja, die durch ihre ganze Taktik fortgesetzt die Einheit der Arbeiterschaft stören und damit die Stokkraft des Proletariats lähmen. Letzten Endes tragen also gerade sie die Schuld, wenn das Proletariat heute noch nicht imstande ist, dem weißen Terror in Deutschland, wie er in den sich immer wiederholenden Mordtaten an Revolutionären zum Ausdruck kommt, ein Ende zu machen.

Die internationale Antibolschewistenfront.

Das operieren mit dem Bolschewistenfurch hat in England stärkeren Eindruck gemacht als in Frankreich. Das Reutersche Bureau hat eine längere Note Englands über die Entwaffnung Deutschlands veröffentlicht, worin u. a. gesagt wird, der englische und der französische Generalstab seien in der Frage der Entwaffnung Deutschlands vollkommen einig. Ihre Ansichten gingen nur auseinander hinsichtlich der Frist, in der die deutschen Informationen aufgelöst werden sollten. Einig sei England und Frankreich über die Notwendigkeit, die Bestimmungen des Spaer-Abkommens über die Sicherheits- und Ordnungspolizei durchzuführen. Eine leichte Meinungsverschiedenheit bestehe dagegen zwischen ihnen über die Einwohnerwehren, über die auch England glaube, daß diese Organisationen verschwinden müßten, eber das könne nicht so schnell erfolgen, wie Frankreich es wünsche. In Bayern und Ostpreußen bestehe Grund, den Bolschewismus zu fürchten, was die Erhaltung dieser Freiwilligen-Organisationen in diesen Gegenden augenblicklich berechtigt erscheinen lasse. In-

des würden in Bayern mehr Freiwillige unter den Waffen gehalten, als notwendig sei. Es wird eine Zusammenkunft unter den aliierten Ministerpräsidenten vorgeschlagen, um zu einer Verständigung zu kommen. Zum Schluß heißt es:

Man sei der Ansicht, daß die Befehung des Ruhrgebietes ein Mittel sei, welches nur im Falle der alleräußersten Notwendigkeit angewendet werden dürfe. Beispielsweise im Falle einer Aktion in Ostpreußen gegen Polen.

England sei entschieden der Ansicht, daß der Artikel 172 des Friedensvertrages betr. die Verteilung der Erzeugnisse der chemischen Industrie nicht befriedigend ausgeführt worden sei. Das sei eine sehr wichtige Frage; aber es sei noch zu früh, über die Maßnahmen zu sprechen, die ergriffen werden müßten.

Es scheint nach dieser Note fast, als ob es zu einer Einigung der Entente mit der deutschen Reaktion auf Kosten des deutschen Proletariats kommen soll. In Frankreich ist die Angst vor einem militärisch wieder erstarkten Deutschland stärker als die Angst vor dem Bolschewismus. In England, wo man sich nicht so sehr durch Deutschland bedroht fühlt, wiegt die Angst vor dem Bolschewismus wieder vor. Bei dem Schwergewicht, das England in der Entente ausübt, ist darauf zu rechnen, daß es seinem Standpunkt Geltung zu verschaffen weiß. Freilich ist die deutsche Regierung noch lange nicht über den Berg. Die ganze bayerische Orgeß will auch England nicht fortbestehen lassen. Uebrigens ist auch noch nicht ausgemacht, ob England sich nicht seiner Einwände gegen die Entwaffnung der Einwohnerwehren bloß als ein Mittel bedient, um Frankreich seinen Wünschen in anderen Fragen gefällig zu machen. Das verschiedene Differenzen bestehen, zeigen die beiden folgenden Meldungen:

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der R. Z.) Der deutsche Vertreter des Daily Telegraph macht Mitteilungen die darauf hindeuten, daß Lord George für die neue Konferenz des Obersten Rates, die Leagues für den 10. Januar in Paris vorschlägt, nicht gerade sehr viel übrig hat. Erste lunere Probleme machen Lord George noch immer unabhänglich. Nur die Franzosen auf einer neuen Konferenz bestehen, müssen sie daher wohl nach London kommen und der 10. Januar erscheint etwa sehr früh. Die englische Regierung muß doch die verschiedenen Verträge der Sachverständigen in der Entwaffnungsfrage studieren. Der Londoner Korrespondent des Berliner Tageblattes will von zuverlässiger Seite erfahren, daß unter eventuellen Zwangsmitteln nach Londoner Auffassung eine Befehung des Ruhrgebietes nicht in Frage komme, bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates werde man wohl in erster Linie ganz ebenso wirksame, aber weniger anstrengende Mittel erörtern.

Nach anderen Meldungen wollen Frankreich, Italien und Belgien auf der gleichen Konferenz eine doppelte Abänderung des Abkommens von Spa durchsetzen, nämlich einmal die Herabsetzung der zugestandenen Kohlenpreise und dann das Aufheben der Vorkäufe. Es ist zweifelhaft, ob Lord George diese Absicht billigen wird. Die ganze Sache ist England offenbar recht unangenehm, und es ließe sich das wohl entschiedener merken, wenn nicht auch bei England ein ausgeprochenes Mißtrauen gegen die Einwohnerwehren, genauer gegen den reaktionären Charakter der Leute bestünde, die die Einwohnerwehren in Ostpreußen und Bayern beherrschen.

Eine neue Note.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der R. Z.) Der Brüsseler Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet folgendes: Nach hiesigen Nachrichten ist am letzten Montag in Berlin eine Note Englands überreicht worden, in der die französische Forderung auf Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen aus dem Clearing unterstützt und damit gedroht wird, daß England, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, mit der Liquidation des deutschen Eigentums in England in vollem Umfange fortzufahren werde. Da aber gegenwärtig im Verlauf der Brüsseler Konferenz die grundsätzlichen Besprechungen über das Ausgleichsverfahren in Paris wieder aufgenommen waren, will England das Ergebnis abwarten, bevor es seine Drohung durchführt. Frankreich hat die Fortsetzung der Verhandlungen über die deutschen Vorschläge zur Abänderung des Ausgleichsverfahrens vor Auseinandergehen der Konferenz von einer sofortigen Zahlung von 50 Millionen abhängig gemacht. Die Verhandlungen sollen am Mittwoch beginnen. Die deutschen Unterhändler befinden sich bereits in Paris die Stellungnahme der deutschen Regierung ist aber noch nicht bekannt. Es ist nicht unerwartet, aber doch erwähnenswert, daß die Verhandlungen in Paris zum großen Teil durchaus nicht glatt verlaufen. Die neuen Forderungen, die Frankreich auf dem Gebiete der Kohle stellt, sind enorm. Das gehört nicht unmittelbar in den Kreis der Brüsseler Themen, wirkt aber auf sie.

Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Polizei in England.

London, 4. Januar. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitslosen in London wurden gestern nachmittags nach einer Blättermeldung sechs Polizisten und zehn Arbeitslose verwundet.

London, 4. Januar. In Kingston verletzten Arbeitslose, sich des Rathauses zu bemächtigen. Die Polizei zerstreute die Menge durch Stoßschläge und nahm etwa 20 Verhaftungen vor.

Verfassungskämpfe und Präsidentschaftswahl in Oesterreich.

Von Theresie Schiesinger, Mitglied des österr. Parlamentes (Wien).

Am 12. November 1918 ist in Deutschösterreich die Republik proklamiert worden und erst am 9. Dezember 1920 wurde zum erstenmal der Präsident der Republik gewählt. Durch mehr als zwei Jahre also hat sich das neue Oesterreich ohne Staatsoberhaupt zu behelfen gewußt, und wir Sozialdemokraten haben das durchaus als keinen Mangel empfunden, so wie wir es auch als höchst überflüssig betrachten, unser kleines Land in einen Bundesstaat zu verwandeln.

Als diese Umwandlung von den bürgerlichen Parteien gegen unsere Stimmen durchgesetzt wurde, mußte die sozialdemokratische Fraktion der konstituierenden Nationalversammlung alle Kraft aufwenden, um zu verhindern, daß dadurch dem demokratischen Geist Abbruch geschehe, von welchem die erste vorläufige Verfassung der Republik durchdrungen ist. Diese Verfassung hat Oesterreich zum politisch freiesten Land der Welt gemacht, wenn man überhaupt ein Land frei nennen darf, das in die drückendste wirtschaftliche Abhängigkeit von seinen Bestiegern geraten ist.

Bei Errichtung der endgültigen Verfassung ist aber das Streben der bürgerlichen Parteien deutlich zum Ausdruck gekommen, die erst so gewaltige Macht der Arbeiterschaft zu brechen, und den bestehenden Klassen wiederum das politische Übergewicht zu sichern. In dem Bundesstaat, den die Bürgerlichen anstrebten, sollte den einzelnen Ländern, denen in der Monarchie trotz ihrer aus alten Zeiten überkommenen Landtage doch nur die Bedeutung von Provinzen zugekommen war, selbständige Regierungen gegeben und diese von der Staatsregierung und dem Staatsparlament möglichst unabhängig gemacht werden. Den Provinziallandtagen aber sollten nun die wichtigsten Fragen zur Entscheidung anheimgegeben werden, so die Ernährungsangelegenheiten, der Ausbau der Wasserkräfte, Fragen des Arbeiterrechtes und des Schulwesens, und an die Seite des Staatsparlamentes, in welchem seit dem Umsturz die ganze Souveränität vereinigt war, sollte eine Vertretung der einzelnen Landtage, der Bundesrat genannt, als erste Kammer treten. Diese neue Körperschaft wollten die bürgerlichen Parteien mit weitestgehenden Machtbefugnissen ausstatten, so daß dadurch eine völlige Umkehrung der bestehenden freiheitlichen Verfassung stattgefunden hätte.

Während die provisorische Verfassung bestimmte, daß das Parlament nur durch eigenen Beschluß verlagert oder aufgelöst werden kann und im letzteren Falle selbst den Termin der Neuwahlen und des Zusammentretens des neugewählten Hauses festzusetzen hat, ferner daß durch das Parlament die Regierung gewählt und abgesetzt wird, das Parlament allein das Recht hat, über Krieg und Frieden zu entscheiden und ihm allein die oberste Befehlshaber-gewalt über das Heer zukommt, sollte nach dem Verfassungsplan der beiden bürgerlichen Parteien Regierungsvorlagen nur mit Zustimmung des Bundesrates im Parlament eingebracht werden dürfen. Wenn bei einem Gesetz die Zustimmung beider Häuser nicht zu erzielen wäre, so sollte dieses Gesetz als abgelehnt gelten.

Dem freiheitlichen Geiste der provisorischen Verfassung entsprach es vollkommen, daß wir auf ein Staatsoberhaupt verzichteten und dem Präsidenten der Nationalversammlung die Vertretung der Republik nach außen hin übertragen.

Die provisorische Verfassung war aber unter dem unmittelbaren Eindruck der Revolution zustande gekommen. Sie spiegelte die fast uneingeschränkte Macht wider, die die Sozialdemokratie nach dem Umsturz an sich gerissen hat. Diese Macht wurzelte in den Industriegebieten, vor allem aber in Wien, dessen unbedingter Führung sich das ganze, durch den Zusammenbruch schwer erschütterte und verängstigte Land damals anvertraut hatte.

Später aber hat sich das Bürger- und Bauertum allmählich vom ersten lähmenden Schreden erholt und sich zum Widerstand gegen die Arbeiterklasse organisiert. Die definitive Verfassung aber, welche nach schweren Kämpfen in der konstituierenden Nationalversammlung zustande kam, konnte nichts anderes sein als eine Widerspiegelung der Machtverhältnisse, wie sie sich nach Aufbruch von einem und einem halben Jahre seit der Revolution in Oesterreich gestaltet haben.

In diesem Spiegel aber können wir es deutlich sehen, daß es der Sozialdemokratie, obwohl sie seither empfindlich an Macht eingebüßt hat, nichtsdestoweniger doch gelungen ist, alle vom Bürgertum gepanterten Intentionen auf die Demokratie unseres Landes abzuwehren, wenn sie auch nicht umhin konnte, gewisse Konzessionen an die Eitelkeit des Bürgertums zu machen, zu denen sie sich in den ersten Monaten des Bestandes der Republik nicht verstanden hätte.

Die Sozialdemokratie hat dem Streben der beiden bürgerlichen Parteien, Oesterreich in einen Bundesstaat zu verwandeln, auch darum mit voller Kraft widerstanden, weil sie in einer solchen